

## Entwicklungspotenziale und -hemmnisse ehemaliger ostdeutscher Braunkohletagebauregionen – Das Fallbeispiel des Geiseltals in Sachsen-Anhalt

*Die Sanierung ehemaliger Braunkohletagebaustandorte stellt ein wichtiges Teilstück des seit 1990 stattfindenden ökonomischen und ökologischen Umstrukturierungsprozesses in Ostdeutschland dar. Durch den Sanierungsfortschritt werden in jüngerer Zeit vermehrt rekultivierte Flächen für neue Nutzungen wieder verfügbar und bereichern das Entwicklungspotenzial der betreffenden Regionen. Diese neu entstehenden Potenziale werden jedoch nicht automatisch für die Wirtschaftsentwicklung der betreffenden Region wirksam, sondern werden in ihrer Wirkung durch verschiedene Hemmnisse und Risiken gebremst. Im Fall des ehemaligen Tagebaustandorts des Geiseltals im Süden Sachsen-Anhalts zeigen sich solche Hemmnisse in Form einer starken Gebundenheit an die Bergbau- und Industrietradition, in den expandierenden Flächenschutzinteressen von Naturschutzorganisationen und in den nicht anforderungsgerechten Organisationsformen der regionalen politischen Kräfte. Bei Festlegung auf eine tourismusbezogene Entwicklungsstrategie ergeben sich Risiken bezüglich der tatsächlichen Dauer des restlichen Rekultivierungsprozesses und durch konkurrierende Standorte mit ähnlichen Entwicklungszielen.*

Die Entwicklung ostdeutscher Regionen verläuft zunehmend unterschiedlich. Zu den Teilräumen mit besonderen Problemen zählen jene Regionen, deren Wirtschaft bisher vom Kohleabbau geprägt war. Diese sind mit der Einstellung des Abbaus in der Regel in eine krisenhaft verlaufende Phase des Strukturwandels geraten. Zudem bilden die Folgen der bergbaulichen Aktivitäten – vornehmlich Tagebaulöcher, gestörte Wasserhaushalte, kontaminierte und ungeräumte Betriebsflächen – ein Gefahrenpotenzial, prägen das Landschaftsbild solcher Regionen über längere Zeit und erschweren zugleich regionalpolitische Bemühungen der ökonomischen Umorientierung. Aufgrund des intensivierten Braunkohleabbaus in der Zeit der DDR und der zahlreichen Betriebsstilllegungen im Gefolge der Vereinigung sind in Ostdeutschland besonders viele Regionen zu finden, die mit dieser Problematik konfrontiert sind. Insgesamt übertrifft die Gesamtfläche stillgelegter ostdeutscher Braunkohletagebaue mit mehr als 90 000 ha die des Landes Berlin (89 169 ha).

Diese Flächen waren bisher aufgrund bergbaulicher Gefahren, ökologischer Schäden sowie still-

gelegter Bergbau- und Industrieanlagen einer anderweitigen Nutzung entzogen, werden aber im Rahmen laufender Sanierungsaktivitäten wieder zunehmend in Wert gesetzt. Diese neu entstehenden Potenziale werden jedoch nicht automatisch für die Wirtschaftsentwicklung der betreffenden Region wirksam, sondern erfordern hierfür eine Abstimmung der regionalen Akteure über die zukünftige Ausrichtung der jeweiligen regionalen Entwicklungsstrategie.

Im Folgenden wird dargestellt, welche Schritte unternommen wurden und werden, um die Entwicklungsvoraussetzungen solcher Regionen zu verbessern und welche Hemmnisse beim Versuch auftreten, die neuen Entwicklungspotenziale auch zu nutzen. Letzteres wird am Fallbeispiel des Geiseltals – einem im südlichen Sachsen-Anhalt gelegenen ehemaligen Tagebaustandort – verdeutlicht und diskutiert. Das Geiseltal scheint als Fallbeispiel gut geeignet, da dort die Entwicklungspotenziale und -hemmnisse besonders anschaulich zu Tage treten.

### ***Sanierung ostdeutscher Braunkohletagebaue als Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe***

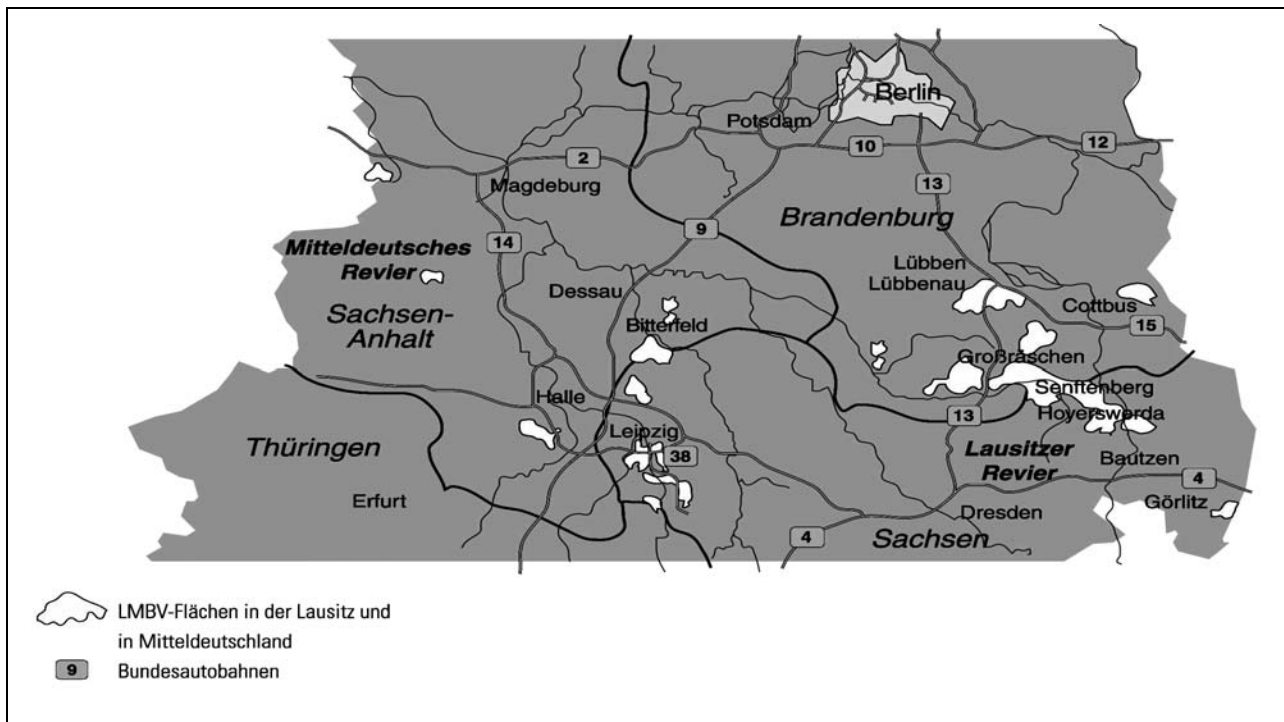
Die Sanierung ehemaliger Braunkohletagebaustandorte stellt ein wichtiges Teilstück des seit 1990 stattfindenden ökonomischen und ökologischen Umstrukturierungsprozesses in Ostdeutschland dar. Politisch-rechtlich wurde die Braunkohlesanierung als eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes mit den vier betroffenen Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen organisiert (vgl. Karte) und wird von den Beteiligten auf der Grundlage von Verwaltungsabkommen finanziert.<sup>14</sup> Nach derzeitigem Erkenntnisstand werden für den gesamten Sanierungsprozess 8,7 Mrd. Euro veranschlagt, wovon bis Ende 2002 knapp drei Viertel (6,4 Mrd. Euro) verausgabt wurden.<sup>15</sup> Hierbei nahm und nimmt die von der Treuhandanstalt im Jahr 1994 gegründete Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-GmbH (LMBV) zentrale Funktionen als Bergbau betreibendes Unterneh-

<sup>14</sup> Mitte 2002 wurde das Verwaltungsabkommen mit einem Mittelumfang in Höhe von 1,4 Mrd. Euro für die Periode 2003-2007 unterzeichnet, nach der die Sanierung zu einem Abschluss kommen soll.

<sup>15</sup> Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-GmbH (LMBV) (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, Berlin 2003, S. 6.

Karte:

Flächen der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- und Verwertungs-GmbH (LMBV) in Ostdeutschland



Quelle: © LMBV.

men, als Projekt- und Beschäftigungsträger für Sanierungsmaßnahmen, als Immobilienverwerter und als Initiator für regionale Entwicklungsprojekte wahr. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich das Aufgabenspektrum der LMBV von dem eines Bergbauunternehmens hin zu dem einer Ingenieur- und Immobilienverwertungsgesellschaft verlagert (vgl. Tabelle 1).

### **Regionale Entwicklungspotenziale durch Fortschritte bei der Braunkohlesanierung erkennbar**

Die Aktivitäten der LMBV werden für die Regionalentwicklung um so relevanter, je mehr neu nutzbare Flächen die Gesellschaft „produziert“ und vermarktet. Die LMBV verfügte zu Beginn ihrer Tätigkeit über eine Eigentumsfläche von 95 761 ha (vgl. Tabelle 1). Ende 2002 befanden sich noch 62 101 ha im Eigentum der LMBV. Nach den gegenwärtigen Planungen werden nach Sanierungsabschluss von dieser Fläche fast 40% zu Wasserfläche umgestaltet worden sein (vgl. Tabelle 2).

Daneben werden aber auch Flächen für neue landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke umgestaltet, aufbereitet und veräußert bzw. verpachtet. Zwischen 1997 und 2002 hat die LMBV insgesamt mehr als 36 500 ha Flächen veräußert, darunter auch 5 857 ha für Zwecke des Naturschutzes (vgl. Tabelle 1), was einem Anteil

von 16% entspricht.<sup>16</sup> Gewerbeflächen machen zwar insgesamt nur einen geringen Anteil an den sanierten Flächen aus (vgl. Tabelle 2), sind aber für die Wirtschaftsförderer der früheren Bergbaukommunen vielfach mit der Hoffnung auf eine Reindustrialisierung verbunden.

Dies trifft besonders auf jene Standorte zu, die in Kooperation von LMBV und den betreffenden Kommunen zu Industrie- und Gewerbeparks weiterentwickelt und vermarktet werden.<sup>17</sup>

Aus regionalpolitischer Perspektive verkörpern die Veränderungen in den Flächenbilanzen in Tabelle 1 und Tabelle 2 nicht nur einen massiven Strukturwandel in den Tagebau-Regionen, sondern gleichzeitig auch ein derzeit vom Flächenumfang her noch anwachsendes Entwicklungspotenzial mit einer bestimmten Richtungsvorgabe. Diese Richtungsvorgabe lautet, dass frühere Bergbau- und Industriegebiete nunmehr vornehmlich für Tourismus-, Freizeit- und Naherholungszwecke zur Verfügung stehen. Inwieweit dieser durch Sanierung

<sup>16</sup> Käufer von Naturschutzflächen sind z. B. Naturschutzorganisationen, Stiftungen, Heimatvereine und private Naturliebhaber.

<sup>17</sup> Erste Ansiedlungserfolge wurden in den vier Lausitzer Industrieparks und im Südraum von Leipzig mit dem Freizeitpark Belantis erzielt. Vgl. LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, a. a. O., S. 44 f.

Tabelle 1:

Ausgewählte Kenndaten zur Braunkohlesanierung durch die LMBV in Ostdeutschland 1996-2002

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränderung 2002 zu 1996/1997 in %
durch die LMBV geförderte Braunkohle (in Mio. t)	14,4	9,3	5,9	5,7	-	-	-	
Personalbestand der LMBV	6 248	5 104	3 347	2 644	1 902	1 677	1 353	-78,3
Maßnahmengeförderte Beschäftigte in der Bergbausanierung	11 710	6 931	4 558	4 252	3 703	3 501	3 502	-70,1
Wassermenge für Tagebau-Flutungen (in Mio. m <sup>3</sup> )	k. A.	58,2	117,5	193,8	234,9	274,6	353,6	607,6
Flächen im Eigentum der LMBV (in ha)	95 761	88 752	86 044	83 200	75 808	67 585	62 101	-29,4
- darunter: Betriebs- und Abbauflächen	k. A.	39 341	37 393	37 464	35 159	32 346	28 653	-27,2
Veräußerte LMBV-Flächen (in ha)	k. A.	1 185	4 439	3 439	8 386	10 745	8 312	701,4
- darunter: Naturschutzflächen	k. A.	82	173	161	871	1 507	3 063	3 735,4

Quellen: LMBV (Hrsg.): LMBV im Überblick, Berlin, Ausgaben 1996-2002; LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2001, Berlin 2002; LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, a. a. O.; LMBV konkret, Nr. 2/2003, S. 5; Berechnungen des IWH.

und Rekultivierung eröffnete „Entwicklungskorridor“ auch tatsächlich von den Kommunen und politischen Akteuren vor Ort aufgegriffen und mit Hilfe entsprechender Strategien beschränkt wird, ist eine offene Frage. Dass in dieser Hinsicht Probleme auftreten können, lässt sich vermuten, wenn man berücksichtigt, dass manche Kommunen angesichts der Vielzahl von in den nächsten Jahren neu „auf den Markt“ kommenden Freizeit- und Naherholungsstandorten ihre eigenen Entwicklungschancen in dieser Richtung skeptisch einschätzen.

Tabelle 2:

Geplante Nutzungsänderung der LMBV-Flächen

Flächenart	Ist-Stand 2002		Zielsetzung	
	ha	in %	ha	in %
Bergbauliche Betriebs- und Abbauflächen	28 653	46,1	0	0,0
Landwirtschaftsflächen	4 485	7,2	5 300	8,5
Forstflächen	11 046	17,8	19 000	30,6
Wasserflächen	7 928	12,8	24 200	39,0
naturnahe Flächen	4 848	7,8	10 100	16,3
Gewerbeflächen	5 141	8,3	3 500	5,6
Summe	62 101	100,0		100,0

Quellen: LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, a. a. O., S. 43; Berechnungen des IWH.

Fragen der politischen Umsetzung der neu verfügbaren Entwicklungspotenziale sollen im Folgenden am Beispiel des Geiseltals als ehemaligem

Tagebau-Standort im Mitteldeutschen Braunkohlerevier in Sachsen-Anhalt nachgegangen werden.

### *Fallbeispiel Geiseltal: Ausgangslage*

Im südwestlich an das Stadtgebiet von Merseburg anschließende Geiseltal – benannt nach dem in die Saale mündenden Flüsschen Geisel – wurde vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis 1993 Braunkohle im Tagebau im großindustriellen Maßstab abgebaut und z. T. in unmittelbarer räumlicher Nähe gelegenen Fabriken zu Briketts weiterverarbeitet. Die Industriestruktur wurde weiter durch den seit 1938 dort bestehenden braunkohleverwertenden Raffineriestandort geprägt.<sup>18</sup> Diese Raffinerie ist 1996 nach einem Insolvenzverfahren in stark geschrumpfter Form in den zehn Kilometer vom alten Standort entfernten Leuna-Chemiepark gewechselt. Die frühzeitig absehbare Erschöpfung der Kohlevorräte führte bereits in der Zeit der DDR zu ersten Sanierungsplänen und -maßnahmen.

Im Unterschied zu den Lausitzer Tagebaugebieten handelt es sich beim Geiseltal um eine relativ dicht besiedelte Abbauregion, in deren 11 Gemeinden ca. 23 000 Einwohner leben. Siedlungsstrukturell gesehen sind die größeren Gemeinden in ein fast durchgängiges Siedlungsband integriert, das sich in Ost-West-Richtung von Merseburg bis nach Mücheln zieht. Die beiden größten Gemeinden, Mücheln und Braunsbedra, haben Stadtstatus und sind raumordnungspolitisch als Grundzentren eingestuft. Der Bevölkerungsrückgang in den Geiseltal-Gemeinden insgesamt entspricht etwa dem Lan-

<sup>18</sup> Zunächst unter der Bezeichnung „Mineralölwerk Lützken-dorf“, später unter „Addinol“ geführt.

Tabelle 3:

Bevölkerungsentwicklung (1992/2002) und Arbeitslosenzahlen (2001/2003) der größten Kommunen im Geiseltal im Vergleich zum Landkreis Merseburg-Querfurt und zu Sachsen-Anhalt insgesamt

	Mücheln (1)	Brauns- bedra (2)	Rossbach (3)	Frank- leben (4)	Großkayna (5)	Summe (1)-(5)	Landkreis Merseburg- Querfurt	Sachsen- Anhalt
Bevölkerung								
- 1992 <sup>a</sup>	7 533	7 260	1 930	1 717	1 248	19 688	141 254	2 796 981
- 2002 <sup>a</sup>	6 597	6 845	1 881	1 645	1 099	18 067	133 301	2 565 174
Veränderung in %	-12,4	-5,7	-2,5	-4,2	-12,0	-8,2	-5,6	-8,3
Arbeitslose								
- 2001 <sup>b</sup>	885	913	44	193	147	2 182	14 770	264 384
- Mai 2003	903	935	43	205	157	2 243	15 056	268 789
Veränderung in %	2,0	2,4	-2,3	6,2	6,8	2,8	1,9	1,7

<sup>a</sup> Jahresende. – <sup>b</sup> Jahresdurchschnitt.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

desdurchschnitt und liegt leicht höher als im Kreis Merseburg-Querfurt (vgl. Tabelle 3).

Die Arbeitslosigkeit hat seit 2001 etwas stärker zugenommen als im Kreis- und Landesdurchschnitt, wobei von Gemeinde zu Gemeinde deutliche Unterschiede auftreten (vgl. Tabelle 3).

Im Frühjahr 2003 wurde die bisherige ungünstige Anbindung an überregionale Verkehrsnetze durch den Weiterbau der A 38 und die Eröffnung eines Autobahnanschlusses (Merseburg-Süd) wesentlich verbessert. Mit dem weiteren Baufortschritt der A 38 (West- und Südumfahrung Merseburgs, Südumfahrung Leipzigs) und der A 143 (Westumfahrung Halles) werden sich vor allem die Fahrzeiten in die Städte Halle/Saale (Entfernung 30 km) und Leipzig (45 km) stark verkürzen.

### **Entwicklungspotenzial: Flutungsprojekt führt zu zwölftgrößtem See Deutschlands**

Unter Federführung der LMBV wurde in den vergangenen Jahren die Flutung der ehemaligen Tagebauflächen im Geiseltal vorbereitet und hat Mitte 2003 begonnen. Nach einer Flutungsdauer von 6-8 Jahren wird der „Geiseltalsee“ mit einer Fläche von ca. 19 qkm,<sup>19</sup> einer Uferlinie von etwa 41 km und einer Wassergüte in Badequalität als größter See Sachsen-Anhalts und zwölftgrößter See Deutschlands entstanden sein.<sup>20</sup> Ein See dieser Dimension

<sup>19</sup> Deutschlandweit gesehen wird er damit zwischen dem niedersächsischen Steinhuder Meer (29,1 qkm) und dem bayerischen Walchensee (16,1 qkm) rangieren. In der Region Leipzig Halle wird die Goitzsche bei Bitterfeld einmal eine Fläche von 13 qkm und der Cospudener See im Süden Leipzigs 4,2 qkm erreichen.

<sup>20</sup> Die Flutungsdauer ist abhängig von der Verfügbarkeit des weitgehend aus der Saale entnommenen Flutungswassers.

zieht nicht nur Badegäste an, sondern eignet sich auch für Wasser- und Erholungstourismus, Segeln, Surfen und andere wasserbezogene Freizeitaktivitäten, die nebeneinander betrieben werden könnten, ohne sich gegenseitig stören zu müssen. Erste Schätzungen zu den zukünftigen Besucherzahlen belaufen sich an Spitzentagen auf 18 000-20 000 Besucher aus einem Umkreis von 40 km, wobei die Minderung des Besucherpotenzials durch konkurrierende Standorte – in erster Linie im Süden Leipzigs (Cospudener See) und im Raum Bitterfeld (Goitzsche) – bereits zu berücksichtigen versucht wurde.<sup>21</sup> Eine andere jahresbezogene Schätzung gelangt zum Resultat eines Potenzials von 970 000 Geiseltalbesuchern im Jahr 2003 und einer Steigerung auf ca. 1,9 Mio. Besucher im Jahr 2020 im Fall eines voll umgesetzten Tourismus-Konzepts.<sup>22</sup>

Besucherpotenziale dieser Größenordnung bilden die Grundlage für Erwerbs- und Einkommenschancen in Gastronomie, Übernachtungswesen, Einzelhandel (speziell mit Lebensmitteln und Sportartikeln), Vermietung und Reparatur von Wassersportgeräten. Auch die Kommunen können ihre Einnahmesituation durch Erhebung diverser Ge-

<sup>21</sup> Masterplan Bergbaufolgelandschaft Geiseltal, unveröff., Dezember 1998, erstellt vom Landschaftsarchitekturbüro Därr im Auftrag des Ministeriums für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt und des Kommunalen Zweckverbandes Geiseltalsee, S. 193-204.

<sup>22</sup> Zum Vergleich: 1999 verzeichnete die Stadt Leipzig ca. 685 000 Touristenankünfte. Tourismus-, Nutzungs- und Standortmarketingkonzeption für den geplanten Erholungsstandort Geiseltal, erarbeitet von FUTOUR Umwelt-, Tourismus-Regionalberatung GmbH; LINKE & BOLENDER Bürogemeinschaft für Landschafts- und Umwelplanung, Freiraumentwicklung, Regionalberatung, unveröffentlicher Abschlussbericht, Dresden/Weißenfels 2001, S. 58-64.

bühren (Park- und Bootsliegendeplätze, Strandbäder), durch zuziehende, grundstückserwerbende Privathaushalte und durch die intensiviertere lokale Unternehmenstätigkeit verbessern.

*Handlungserfordernisse:  
Vorausschauende Flächenpolitik ...*

Die Zeit der Flutung verbleibt den Geiseltal-Kommunen als Frist, um die grundstücksbezogenen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die spätere Nutzung des Sees und der ihn umgebenden Landschaft zu schaffen. Der „Fahrplan“ hierfür liegt in verschiedenen Planwerken und Gutachten bereits detailliert nach erforderlichen Maßnahmen und einzelnen Kommunen vor.<sup>23</sup> Schätzungen gehen davon aus, dass für die öffentliche Hand ein Investitionsbedarf von insgesamt 163 Mio. Euro entstehen wird, wovon die Kommunen ca. 28,6 Mio. Euro tragen müssten.<sup>24</sup>

*... erste Investitionen in die tourismusbezogene Infrastruktur ...*

Bei den vorausschauenden Schritten kommt der Flächenpolitik der Kommunen eine Schlüsselstellung zu, die mit dem Erwerb von Flächen sicherstellen können, dass geplante Nutzungen zu einem späteren Zeitpunkt auch umsetzbar werden. Begleitend hierzu sind Flächennutzungs- und Bebauungspläne zu erstellen. Während der See selbst als so genanntes Gewässer I. Ordnung voraussichtlich in Landeseigentum übergehen wird, sind die Uferstreifen und entsprechenden Ergänzungsflächen von der LMBV und z. T. auch von privaten Eigentümern zu erwerben. Eine derartige Flächen(-vorrats)politik stellt für die Kommunen eine erhebliche finanzielle Belastung über einen längeren Zeitraum dar, da davon auszugehen ist, dass sich private Investitionsinteressen erst kurz vor oder nach erfolgter Seeflutung in Grundstückskäufen niederschlagen werden.<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Masterplan Bergbaufolgelandschaft Geiseltal, a. a. O. – Regionales Teilentwicklungsprogramm, a. a. O. – Tourismus-, Nutzungs- und Standortmarketingkonzeption für den geplanten Erholungsstandort Geiseltal, a. a. O. Entwicklungsstrategische Investitionsschwerpunkte stellen die Errichtung zweier Segelboothäfen, mehrerer Bootsanlegestellen und -liegendeplätze, zahlreicher Badestrände und Parkplätze für Badegäste, dreier Campingplätze und Ferienhüttenanlagen sowie eines Radwegenetzes dar. Vgl. Masterplan Bergbaufolgelandschaft Geiseltal, a. a. O., S. 109-119.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 188.

<sup>25</sup> Finanzielle Entlastung könnte den Kommunen die intensiviertere Vermarktung von Wohnbauland bieten.

*... und Einbindung in bereits existierende Tourismuskonzepte der Region*

Das Geiseltal liegt nicht in einem touristischen „Niemandland“, sondern hat im Norden den kulturtouristischen Anziehungspunkt Bad Lauchstädt und im Süden Freyburg mit dem Unstruttal unmittelbar in seiner Nähe. Ferner führen die „Braunkohlenstraße“ und die „Straße der Romanik“ durch das Geiseltal. Hier stehen die Kommunen vor der Aufgabe, eine entsprechende Marketingstrategie zu erarbeiten, mit deren Hilfe sich das zukünftige Attraktivitätsprofil des Geiseltals in diese unterschiedlichen Tourismuskonzepte einbinden lässt.

*Hemmnisse und Risiken einer tourismusbezogenen Entwicklungsstrategie*

Im Folgenden werden verschiedene Aspekte erörtert, die sich als aktuelle und potenzielle Hemmnisse und Risiken für die Kommunen im Geiseltal herausstellen, eine tourismusbezogene Entwicklungsstrategie erfolgreich umzusetzen. Eine primäre Unsicherheit bezüglich des Zeitpunkts der tatsächlichen Nutzbarkeit des Sees ergibt sich durch die ungewisse Dauer der Flutungsphase und der an ihrem Ende erreichten Stufe der Wasserqualität.

*Prioritäten ungeklärt:  
Reindustrialisierung oder Tourismus?*

Im Gegensatz zu den erst in der *Zukunft* zu erwartenden Erträgen aus einer tourismusorientierten Entwicklungsstrategie sind Industrie- und Gewerbeansiedlungen für das *gegenwärtige* wirtschaftliche Wohlergehen der Kommunen von Belang. Die Konzentration auf eine solche Strategie der Wirtschaftsförderung findet Unterstützung im historisch bedingten Selbstverständnis der Kommunen als Bergbau- und Industriestandorte und in der Erwartung, sich der früher gegebenen komfortablen Situation mit Arbeitsplätzen in Bergbau und Industrie „vor der Haustür“ schrittweise wieder annähern zu können. Im Rahmen ihrer Flächensanierung unterstützt die LMBV diese kommunalen Reindustrialisierungsinteressen durch Ausweisung und Vermarktung von vier Industrie- und Gewerbebeständen mit einer Gesamtfläche von ca. 110 ha. Zwei dieser Standorte befinden sich in direkter Nähe zum künftigen Seeufer, sodass sie dessen touristische Nutzung beeinträchtigen können.<sup>26</sup>

---

<sup>26</sup> Hierbei handelt es sich um den „Industriestandort Müheln“ (8,4 ha) und um den „Gewerbepark Braunsbedra“ (27,7 ha).

Mit 160 ha noch größer als diese vier Standorte zusammen ist der unmittelbar am zukünftigen Seeufer gelegene vormalige Raffineriestandort „Addinol.“ Dessen Sanierung, durch das Land Sachsen-Anhalt in Angriff genommen,<sup>27</sup> ist zwar unerlässlich, um die spätere Nutzung des Sees nicht durch Altlasten zu gefährden, doch bringt die unveränderte Ausweisung des Standorts für großflächige Industrie das Risiko mit sich, dass industrielle Produktion an diesem Standort die Attraktivität der in der Entstehung befindlichen Seelandschaft schmälert.

#### *Konflikt zwischen touristischen Entwicklungszielen und Naturschutzinteressen*

Neben diesem Zielkonflikt zwischen touristischer und industriell-gewerblicher Entwicklung zeichnet sich ein weiterer Zielkonflikt ab, der seine Quelle in den Sanierungserfolgen der LMBV selbst hat. Die Umwandlung großer bisher devastierter Landschaftsteile in Flächen mit sich neu entwickelndem Pflanzenwuchs und Tierbesatz ruft in zunehmendem Maß Naturschutzorganisationen auf den Plan, die ein Interesse daran haben, möglichst große Teile zurückgewonnener Landschaft unter besonderen Schutz zu stellen. Die LMBV zeigt sich diesen Schutz- und Pflegeinteressen gegenüber bisher sehr aufgeschlossen (vgl. Tabelle 1), muss aber auch beachten, dass eine zu starke Ausweitung von Naturschutzflächen über die in den regionalen Entwicklungsprogrammen und Flächennutzungsplänen vorgesehenen Anteile hinaus die vorgesehene Nutzung für Tourismus- und Freizeit Zwecke beeinträchtigen kann. Vertreter der Geiseltal-Kommunen sehen die Expansionsinteressen von Naturschutzorganisationen bereits heute als Bedrohung einer tourismusbezogenen Entwicklungsstrategie an.

#### *Rechtliche und administrative Entwicklungshemmnisse*

Der Prozess der Inwertsetzung ehemaliger Tagebauflächen ist von Genehmigungen verschiedener Behörden abhängig, was häufig dazu führt, dass viele Flächen erst später als ursprünglich vorgesehen genutzt werden können.<sup>28</sup> Damit werden auch

darauf bezogene öffentliche und private Investitionen verzögert.

Die größten Kommunen im Geiseltal haben sich zwar bereits Ende 1992 im Hinblick auf die Seentwicklung zu einem kommunalen Zweckverband zusammengeschlossen, handeln daneben aber nach wie vor als eigenständige Kommunen. Mit fortschreitendem Ausbau der touristischen Infrastruktur ist abzusehen, dass die einzelnen Kommunen unterschiedlich davon profitieren und vor unterschiedlichen Investitionserfordernissen stehen werden. Hier sollte eine institutionelle Regelung für einen verbesserten Aufwands-, Ertrags- und Interessenausgleich gesucht werden, die z. B. in einem Zusammenschluss in eine Einheitsgemeinde oder in einer anteiligen Finanzierung einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft bestehen könnte. Derartige Lösungen hätten die Vorteile, dass sie die z. T. ehrenamtlichen Kommunalvertreter von Entwicklungsaufgaben entlasten und ein einheitliches Regionen-Marketing für das Geiseltal sicherstellen.

#### *Schlussbemerkungen*

Die an landschaftlichen „highlights“ nicht gerade üppig ausgestattete Region um Leipzig und Halle erfährt in den kommenden Jahren einen beträchtlichen Zuwachs an renaturierten Wasser- und Landschaftsflächen. Sie werden zweifellos eine Bereicherung für die genannte Region darstellen. Ob sie aber für die Anlieger-Kommunen ein tragfähiges Konzept der Wirtschaftsentwicklung bieten, ist derzeit noch nicht ausgemacht. Zum einen stehen die verschiedenen Standorte zueinander in Konkurrenz, zum anderen sind – wie oben dargestellt – noch zahlreiche Entwicklungshemmnisse beim Marsch in diese Richtung zu überwinden. Eines dieser Hemmnisse stellen die mentalen Bindungen der Einwohner an eine Bergbau- und Industrietradition dar, durch die sich neu eröffnende Chancen im Dienstleistungsbereich zu leicht als minderwertig erscheinen. Im Vergleich zu anderen Regionen werden im hier behandelten Fallbeispiel des Geiseltals sehr günstige Voraussetzungen für intensive touristische Nutzung geschaffen werden, die bei konsequenter Verfolgung einer tourismusbezogenen Entwicklungsstrategie den Kommunen und ihren Bewohnern in zehn Jahren auch die erhofften Wohlfahrtszuwächse bringen wird.

*Peter.Franz@iwH-halle.de*

<sup>27</sup> Für die Sanierung des Geländes wurden vom Land Sachsen-Anhalt von 1999 bis Ende 2002 27 Mio. Euro aufgewandt. GSA Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH: Industrie- und Landschaftspark Geiseltalsee (ehemals ADDINOL) der Gemeinden Braunsbedra und Krumpa, 2. Projektstandsbericht, o. O., Stand September 2002.

<sup>28</sup> So hat sich die Einleitung von Flutungswasser in den zukünftigen Geiseltalsee vom ursprünglich 2001 vorgesehenen Termin auf Mitte 2003 verzögert.